

Die Linke Fraktion im Rat der Stadt Schwelm, Neumarkt 9, 58332 Schwelm

Linda Voss
Dominik Hoffmann

An den Bürgermeister
Rathausplatz 1
58332 Schwelm

c/o Die Linke
Neumarkt 9
58332 Schwelm
Telefon (02336) 8752325
ratsfraktion.schwelm@dielinke-en.de

Schwelm, den 25.6.2026

Antrag – Keine Bezahlkarte in Schwelm

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

die Linke Fraktion stellt zur Behandlung in der nächsten Ratssitzung am 16.7.2026 zu dem gemeinsamen Antrag zur Einführung einer Bezahlkarte von CDU, SPD und SWG.BFS den folgenden Änderungsantrag:

Antrag:

Der Rat der Stadt Schwelm beschließt, den gemeinsamen Antrag von CDU, SPD und SWG.BFS zur umgehenden Einführung der Bezahlkarte zu diesem Zeitpunkt abzulehnen. Schwelm macht weiterhin Gebrauch von der Opt-Out-Regelung gemäß § 4 der Bezahlkartenverordnung NRW. Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz werden im Regelfall weiterhin über die bisherige und bewährte Auszahlungspraxis erbracht.

Vor einer erneuten Entscheidung über die Bezahlkarte legt die Verwaltung dem Sozialausschuss und dem Rat eine umfassende und nachvollziehbare Evaluation vor. Erst nach Vorlage der in der Evaluation erhobenen Zahlen, wird frühestens in einer Ratssitzung ab Oktober, das Thema wieder aufgegriffen. Diese Evaluation muss insbesondere enthalten:

- Die Erfahrung anderer Kommunen
- Konkrete Übersicht über Personal- und Verwaltungsaufwand
- Sämtliche Einführungs- und Folgekosten
- Übersicht über die technische Umsetzbarkeit
- Mögliche rechtliche Risiken
- Erklärung zu den direkten Auswirkungen auf die Betroffenen
- Belastbarer Vergleich mit der bisherigen Auszahlungspraxis
- Meinung der zuständigen Abteilungen zur Durchführbarkeit

Begründung:

Der Vorstoss der AfD-Fraktion zur Einführung einer Bezahlkarte zum Jahresbeginn wurde mit einer großen Mehrheit im Rat abgelehnt. Die Ablehnung wurde u.a. seitens der Fraktionen von CDU und SPD mit der noch ausstehenden Evaluation durch die Verwaltung begründet. Eine solche Evaluation wurde den zuständigen Gremien bis heute nicht vorgelegt und auf Nachfrage bisher nicht angefertigt.

Der nun vorliegende gemeinsame Antrag von CDU, SPD und SWG.BFS behauptet zwar, dass praktische Erfahrungen anderer Kommunen ausgewertet worden seien, konkrete Ergebnisse, Zahlen, Unterlagen oder eine schriftliche Bewertung der Verwaltung werden jedoch nicht genannt. Stattdessen stützt sich der Antrag wesentlich auf eine Präsentation und Diskussion mit einem Implementationspartner. Eine Anbieterpräsentation kann eine unabhängige kommunale Kosten-, Nutzen- und Folgenabschätzung jedoch nicht ersetzen, insbesondere bei einer Entscheidung, die tiefgreifende Einschränkungen für hunderte Menschen in Schwelm bedeutet und sie in ihrer individuellen Freiheit einschränkt.

Die Behauptung, die Bezahlkarte führe zu einer spürbaren Entlastung der Verwaltung, wird nicht durch konkrete Berechnung belegt und widerspricht jeglicher vorangegangener Argumentation und den Erfahrungen aus zig anderen Kommunen in NRW (wie z.B. kürzlich erst Wuppertal), die eben deshalb die Opt-Out-Lösung beibehalten. Der Antrag enthält weder Angaben zum erforderlichen Personal noch zu IT-Kosten, Schulungen, technischen Schnittstellen, zusätzlichen Verwaltungs- oder möglichen Klage und Widerspruchsverfahren.

Hinzu kommt, dass nach Auskunft der Kämmerei im aktuellen Haushaltsplan keine Mittel für die Einführung der Bezahlkarte vorgesehen sind. Der Antrag fordert somit eine umgehende organisatorische und technische Umsetzung, ohne dass deren Finanzierung gesichert ist. Eine sofortige Einführung wäre daher haushaltspolitisch nicht verantwortbar. Der Eindruck, dass hier eine rassistische Symbolpolitik aus Ideologie- und Popularitätsgründen bei diesem Antrag im Vordergrund steht, überwiegt. Ein Rat, dessen Mitglieder sich zu einem nicht unbeträchtlichen Teil auf ein christliches bzw. humanitäres Weltbild stützen, sollte solch einem Antrag nicht zustimmen.

Wer Geldabflüsse ins Ausland als Grund für die Behandlung von Asylsuchenden als Menschen zweiter Klasse mit tiefen Einschnitten in die persönliche Freiheit vorbringen möchte, sollte zunächst eher transparent untersuchen, welche Summen durch Immobilienkonzerne, große Vermögen und Unternehmen aus Schwelm abfließen, statt ausgerechnet Geflüchtete zum Sündenbock für strukturelle, wirtschaftliche Probleme zu machen.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag der Fraktion



Linda Voss
Fraktionsvorsitzende



Dominik Hoffmann
Stellv. Fraktionsvorsitzender